



Diskussionspapier “Online Ausweisen (eID), eine entscheidende Mandatierung fehlt noch”

Seite 1 von 2

Bundesdigitalminister Karsten Wildberger: Ausweis fürs Smartphone kommt in anderthalb Jahren.

Ein Lob an den Minister, dass er das Schlüsselement für einen digitalen Staat, das Online Ausweisen, gleich zu Beginn seiner Amtszeit in der Variante „Ausweis fürs Smartphone“ prominent auf die Bühne bringt. Die anderthalb Jahre sollten jetzt sehr konstruktiv genutzt werden, damit die Online-Ausweisfunktion (eID) des Personalausweises bei den Bürgerinnen und Bürgern bekannt gemacht und von ihnen erlernt wird. Denn nur wenn die Bürgerinnen und Bürger die eID inkl. der zugehörigen PIN kennen und können, kann der Personalausweis als „Ausweis fürs Smartphone“ übertragen werden. Der gemeinnützige Verein buergerservice.org e.V. gibt mit diesem Diskussionspapier Denkanstöße, wie durch ein Institutionalisieren von Transformationsmanagement diese Aufgabenstellung umgesetzt werden kann.

Problem: geringe Nutzung der eID trotz einfacher Usability

Obwohl die eID bereits seit über 14 Jahren existiert und seit vier Jahren flächendeckend verfügbar ist, wird sie kaum genutzt. Jeder Bürger und jede Bürgerin ab 16 Jahren trägt sie technisch gesehen bereits im Portemonnaie – eingebettet im Personalausweis und einfach nutzbar mit jedem modernen Smartphone. Dennoch fehlt in der breiten Bevölkerung das Wissen über diese Funktion. Ohne dieses Wissen besteht kein Bedarf, kein Nutzenbewusstsein – und somit keine Nachfrage. Alle weiteren Schritte hin zum digitalen Staat werden dadurch stark gehemmt oder blockiert.

Beispiel: Nach 14 Monaten haben lediglich ca. 300.000 von rund 70 Mio. Erwachsenen ihre Entscheidung zur Organspende im dafür vorgesehenen Register eingetragen. Auch digitale Kfz-Zulassungen erfolgen bislang nur im Promillebereich.

Ein treffender Vergleich: So wie man einst lernen musste, wo man zum Bezahlen der Brötchen beim Bäcker die Girocard an das Lesegerät hält, braucht es auch beim Online-Ausweisen klare Hilfestellung und öffentliche Aufklärung.

Ursache: fehlende institutionelle Verantwortung

Mehrere Anläufe für bundesweite eID-Kommunikationskampagnen wurden gestartet – doch immer wurden die zugesagten Budgets wieder gestrichen, bevor Maßnahmen umgesetzt werden konnten. Dies zeigt die eigentliche Ursache auf:

Es gibt keine zentrale Institution, die dauerhaft für Kommunikation und Transformationsmanagement im Bereich eID (inkl. der eID-Dienste) verantwortlich ist und hierzu Budgets einfordert und verteidigt.

Vorschlag: Transformationsmanagement institutionalisieren

buergerservice.org plädiert für die Einrichtung einer Institution für digitales Transformationsmanagement. Der ideale Ort hierfür ist das neue Digitalministerium (BMDS).



Diskussionspapier “Online Ausweisen (eID), eine entscheidende Mandatierung fehlt noch”

Seite 2 von 2

Diese Institution sollte Verantwortung für die flächendeckende Akzeptanz und Nutzung der eID inkl. der EUDI-Wallet – übernehmen. buergerservice.org kann hierzu erfolgreiche Vorgehensmodelle einbringen: eID-Ersthelfer, Flotte PIN, BundID2Go; eID-Roadshow, eID-Pakte, Vorbereitung auf die EUDI-Wallet, Kinder- und Jugendschutz in sozialen Medien (mit der eID digital Erwachsenwerden), Digital only usw..

Wird ein Bereich im BMDS hierzu mandatiert, kann ein „eID-Turbo“ gezündet und ein zukunftsfähiger digitaler Staat in kürzester Zeit aktiviert werden.

buergerservice.org